

Rats-Update Nr. 4

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 14. Juni 2021

Da es nach dem Willen des Oberbürgermeisters sowie SPD und CDU pro Jahr nur 5 (maximal 6) Sitzungen des Duisburger Stadtrates gibt, stapeln sich die entscheidungsreifen Beschlussvorlagen vor jeder Sitzung. So standen auch bei dieser Ratssitzung wieder 113 Punkte auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung (+ 16 Tops in der nichtöffentlichen Sitzung).

Normalerweise sollen Fragen und Details der einzelnen Themen vorher in den städtischen Fachausschüssen beantwortet und diskutiert werden. Da diese jedoch coronabedingt zurzeit nicht tagen, müssten die verschiedenen Positionen eigentlich (erst) in der Ratssitzung ausgetauscht werden. Aber angesichts der mächtigen Tagesordnung beschränkten sich die Ratsmitglieder letztendlich auf ein Minimum an Wortbeiträgen (worüber der Oberbürgermeister und die beiden großen Fraktionen offensichtlich auch nicht böse sind).

Nachdem die Kooperationsgespräche zwischen SPD und Grünen gescheitert sind, wird bei vielen Themen auch wieder die große Einigkeit zwischen SPD und CDU deutlich. Da im Duisburger Stadtrat alle anderen Mehrheiten außer Rot+Grün+„kleiner-Partner“ oder einer GroKo rechnerisch unmöglich oder ausgeschlossen sind, hat die SPD offenbar keine Zeit verloren, um gedanklich wieder „umzuswitchen“. Zumindest verteidigte der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Mahlberg überraschend oft die Positionen des Oberbürgermeisters, der Verwaltung und auch der SPD. Überraschend waren auch seine auffallend angriffslustigen und ablehnenden Worte gegenüber den Grünen.

Wahlausschuss für die Kommunalwahl 2025

Nachdem die Niederschrift der letzten Sitzung sowie die Beschlüsse der Fachausschüsse pauschal genehmigt waren, wurde ein Wahlausschuss für die Kommunalwahl 2025 gewählt. Warum dies bereits jetzt erforderlich war, wurde zwar nicht näher erläutert, aber offenbar sollten oder wollten jetzt schon Personen in ein Gremium gewählt werden, das erst in 5 Jahren (und dann nur 2x) tagen wird. Nach der Abstimmung stellt die SPD 3 Ausschussmitglieder, CDU und Grüne je 2, AfD und Linke je eine/n und die Fraktion Junges Duisburg (JuDu) sicherte sich mit den Zusatz-Stimmen der HO-Gruppe den zehnten Sitz in diesem Gremium.

Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl 2022

Deutlich logischer als beim vorhergehenden Punkt war die Wahl eines Wahlausschusses für die Landtagswahl im Mai 2022. Dieses Gremium hat nur 6 Sitze, die bei der Abstimmung unter SPD (2 Sitze), sowie CDU, Grüne, Linke und AfD mit je einem Sitz aufgeteilt wurden.

Jahresabschlüsse der städtischen Gesellschaften

Es folgte die Genehmigung von 12 Jahresabschlüssen städtischer Gesellschaften wie der DVG, Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVG), Stadtwerken, Duisburg Kontor (DK), Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW), GEBAG, Duisburger Infrastrukturgesellschaft (DIG), Duisburger Einkaufsgesellschaft (DEG) oder der Deutschen Oper am Rhein (DOR). Gleichzeitig werden auch immer der jeweilige Aufsichtsrat und der Vorstand bzw. die Geschäftsführung der Gesellschaft für das vergangene Jahr entlastet. Derartige Beschlüsse werden meist ohne Wortmeldungen, im Minutentakt und meist einstimmig gefällt. Einzelne Stimmenthaltungen gibt es nur bei Gesellschaften, in denen die FDP nicht vertreten ist. Diesem Prinzip folgen die Freien Demokraten seit vielen Jahren, da es anhand der Drucksachen nicht leicht zu beurteilen ist, wie die öffentlich vorliegenden Jahresergebnisse dieser Gesellschaften tatsächlich zu bewerten sind.

Verlängerung der Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg

In Top 17 beschloss der Stadtrat die Verlängerung der Theatergemeinschaft zwischen Duisburg und Düsseldorf um weitere 5 Jahre. Im Laufe der Zeit wird Duisburgs finanzieller Anteil zwar kontinuierlich ansteigen, aber Düsseldorf trägt immer noch den größeren Teil der „Opern-Ehe“.

37 Mio. € mehr für die Feuerwehr

Die Hauptlast der Bekämpfung der Corona-Krise trägt in Duisburg die Feuerwehr. Sie organisiert seit Beginn an alle Schutzausrüstungen- und Maßnahmen, sowie die Schnell-Tests, PCR-Testungen, sowie den größten Teil der Impfungen. Dass das geplante -sonst übliche- finanzielle Budget der Feuerwehr nicht reichen würde, war bereits zu Jahresbeginn klar. Jetzt wurde der Mehrbedarf auf 37 Mio. Euro beziffert, den der Rat einstimmig genehmigte.

1,9 Mio.€ für flexiblere Kita-Öffnungszeiten

Ebenso beschloss der Rat die Inanspruchnahme von (durchschnittlich) jährlich 1,9 Mio. € Fördergeldern des Landes NRW zur „Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen“. Es sollen Einrichtungen bezuschusst werden, die Betreuungszeiten in den Morgen- und Abendstunden bereitstellen, sowie an Sonn- und Feiertagen, in Ferienzeiten oder auch im Notfall einspringen. Der städtische Anteil beträgt im Kindergartenjahr 2021/2022 knapp 383.000,- Euro und ab dem KGJ 2022/2023 510.000,- Euro. Da die Flexibilisierung von Kinderbetreuungszeiten einem lang ersehnten Ziel der Freien Demokraten auf Landes- und Kommunalen Ebene entspricht, stimmte die Duisburger FDP-Fraktion gerne zu.

Sonderzuschüsse für Kindertageseinrichtungen

In den folgenden Tagesordnungspunkten beschloss der Rat einstimmig die finanzielle Unterstützung von 5 verschiedenen Kindertageseinrichtungen. Da die Stadt in allen Stadtteilen den gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllen muss, ist sie auf jede einzelne Einrichtung angewiesen – auch auf die Kindergärten kirchlicher und privater Träger. Da es für die Stadt immer noch günstiger ist, eine bestehende (nicht-städtische) Einrichtung zu unterstützen als an selber Stelle einen eigenen neuen städtischen Kindergarten zu bauen und zu betreiben, fallen dem Stadtrat diese immer wiederkehrenden Beschlüsse nicht schwer. Sie werden regelmäßig kommentarlos und einstimmig beschlossen.

Neubauten oder Erweiterungen an 7 Duisburger Schulen

Insgesamt beschloss der Rat in dieser Sitzung die Planungen, die baulichen Erweiterungen und/oder den Neubau von 7 weiterführenden Schulen im Norden und Westen Duisburgs: die Gesamtschule in Walsum, die Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesamtschule in Hamborn, die Heinrich-Heine-Gesamtschule in Rheinhausen, die Theodor-König-Gesamtschule in Meiderich-Beeck, die Abteischule in Hamborn, sowie eine komplett neue Schule in Röttgersbach.

552.000,- € für die Wohlfahrtsverbände

Die Stadt zahlt den Wohlfahrtsverbänden jährlich insgesamt 551.924,42 Euro (pauschale) Zuschüsse für ihre Arbeit. Die Arbeitsgemeinschaft aus Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Diakonisches Werk, Deutsches Rotes Kreuz und dem Paritätischem Wohlfahrtsverband teilt die Summe im Vorfeld (vermutlich nach Größe der Organisation) unter sich auf, weswegen der Stadtrat nicht mehr darüber diskutieren muss, welcher Verband, wieviel Zuschuss erhält.

Einstellung von städtischen Auszubildenden und Praktikant/innen

In diesem Jahr stellt die Stadt zwar 28 Auszubildende weniger ein als im vergangenen Jahr, aber davon abgesehen werden mit insgesamt 247 Personen so viele Auszubildende und Praktikantinnen eingestellt, wie nie zuvor. Auch der städtische Personalrat begrüßte dies, kritisierte jedoch, dass ihm der Plan wieder viel zu spät übermittelt wurde, um eine detaillierte Stellungnahme erarbeiten zu können. Nur die Fraktion Tierschutz/DAL stimmte dagegen.

„myBUS“ geht von der Probephase in den Regelbetrieb

Überraschenderweise war erst knapp eine Stunde vergangen, als der Oberbürgermeister schon Tagesordnungspunkt 36 aufrief – womit es jedoch auch zu ersten längeren Diskussionen in dieser Ratsitzung kam. Hierbei ging es darum, die „myBUS“-Erprobungsphase der DVG in den Regelbetrieb zu überführen. Die kleinen 8sitzigen „Nacht-Busse“ sollen dann nicht mehr auf telefonischen Zuruf zu einem Ort freier Wahl fahren, sondern von -und zu- zahlreichen (virtuellen) GPS-Haltepunkten, die demnächst geschaffen werden sollen. Obwohl die grundsätzliche Idee des „myBUS“ von allen Ratsmitgliedern begrüßt wird, gab es Kritik daran, dass diese Vorlage bereits im Mai per Dringlichkeitsbeschluss durch den SPD-Oberbürgermeister und den CDU-Fraktionsvorsitzenden beschlossen wurde – uns somit die große (nachträgliche) Mehrheit im Rat gesichert war.

Zudem wurden dem Rat weder die Ergebnisse der Erprobungsphase mitgeteilt, noch hatte dieser die Gelegenheit, das weitere Vorgehen der DVG zu diskutieren. Oberbürgermeister Sören Link antwortete (wie immer), dass derartige Diskussionen Sache des Fachausschusses seien und nicht im Stadtrat besprochen werden sollten. Dabei ignorierte er jedoch, dass die allermeisten Fachausschüsse seit der Kommunalwahl im letzten Jahr coronabedingt noch nie getagt haben. Die Fraktion Junges Duisburg (JuDu) kündigte sogar an, diesen Dringlichkeitsbeschluss durch die Kommunalaufsicht überprüfen lassen zu wollen.

FDP-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies fragte nach der Finanzierung des Projektes, dass zunächst auf 2 Jahre angelegt ist. Der zuständige Dezernent Martin Linne erklärte, dass die nötige Finanzierung durch einen zusätzlichen Zuschuss der Stadt an die DVG erfolgen soll. Da die Idee des „myBUS“ grundsätzlich positiv ist, stimmte der Rat am Ende einstimmig zu.

3,5 Mio. € für 2 Brückensanierungen

Im Verlauf der weiteren Tagesordnungspunkte beschloss der Stadtrat 2,3 Millionen Euro für die Reparatur der „Gaterwegbrücke“ in Rheinhausen freizugeben, die dort an einer wichtigen Zufahrt zu Logport liegt und andernfalls gesperrt werden müsste. Nach den Reparaturarbeiten soll die Brücke weitere 12 Jahre halten, bevor ein Neubau geplant ist. Des Weiteren wurden für Instandsetzungsarbeiten an der „Brücke der Solidarität“ zwischen Hochfeld und Rheinhausen 1,2 Millionen Euro genehmigt.

IGA 2027 – Metropole Ruhr

Für das Teilprojekt „Grüner Ring“ des Zukunftsgartens „Rheinpark und Anbindung“ im Zusammenhang mit der Internationalen Gartenausstellung IGA 2027 wurden 3,65 Millionen Euro bewilligt, die unter anderem für den Bau einer Rad- und Fußgängerbrücke über die Heerstraße verwendet werden sollen. Auch dieser Beschluss wurde kommentarlos und einstimmig gefasst.

Duisburger Konzept gegen Gewalt im Fußball

Zu langen Diskussionen und zahlreichen Wortbeiträgen kam es bei Top 44, dem „*Konzept gegen Gewalt im Fußball*“. Seit vielen Jahren passiert es bei Fußballspielen der unteren Ligen immer wieder einmal, dass es zu gewalttätigen Szenen kommt. Diese gehen von einzelnen Spielern, manchmal von ganzen Mannschaften und gelegentlich auch vom Publikum aus, das aufs Spielfeld läuft und z.B. den Schiedsrichter jagt und/oder schlägt. Bisher war dies eine ausschließliche Angelegenheit des Niederrheinischen Sportverbandes. Die Stadt als Zuschussgeber und Verpächter der Sportplätze konnte hier keine Maßnahmen ergreifen. Das soll mit diesem Konzept jetzt anders werden. FDP-Ratsherr Oliver Alefs erklärte, dass ein derartiges Vorgehen leider erforderlich ist und dementsprechend begrüßte er das vom Stadtsportbund, den Vereinen und Verbänden erstellte Konzept, wonach die Stadt zunächst abmahnen kann, dann die Zuschüsse kürzen oder streichen kann oder im letzten Schritt dem Verein sogar die gepachtete Sportanlage kündigen kann.

Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und Veränderungssperren

Bis einschließlich Tagesordnungspunkt 57 beschäftigte sich der Stadtrat mit zahlreichen Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen im gesamten Stadtgebiet, die alle kommentarlos und einstimmig beschlossen wurden. Zudem wurden wieder einige Veränderungssperren verhängt, um die Ansiedlung von Wettbüros zu verhindern.

Antrag der FDP zur Erhöhung der Mittel für die Bezirksvertretungen

Die Freien Demokraten hatten einen Antrag gestellt, wonach die finanziellen Mittel für die sieben Duisburger Bezirksvertretungen im Rahmen des nächsten städtischen Haushalts erhöht werden sollen. Bisher betragen die sogenannten „Mittel zur Pflege des Ortsbildes“ rund 20.000,- Euro pro Jahr und Bezirk, die in der Regel zur Verschönerung des Stadtbezirks, aber auch für Vereinstätigkeiten und/oder kulturelle Veranstaltungen ausgegeben werden (können). Die FDP möchte diese Summe auf ca. 25.000,- Euro pro Bezirk erhöhen. Insgesamt würde das also Mehrkosten in Höhe von 35.000,- Euro verursachen, was im Vergleich zu vielen anderen Beschlüssen des Stadtrates geradezu winzig erscheint. Grüne, Linke, Tierschutz/DAL, JuDu, AfD und HO-Gruppe begrüßten diesen Antrag – aber SPD, Oberbürgermeister und CDU lehnten ihn mit knappen fadenscheinigen Begründungen ab. Es ist stark anzunehmen, dass die Mittel für die Bezirke im nächsten Haushalt zwar tatsächlich erhöht werden, dies aber dann als „gute Tat“ von SPD und CDU dargestellt wird...

Antrag JuDu auf Steuerbefreiung von Jagd- und Blindenhunden

Ebenso erging es einem Antrag der Fraktion Junges Duisburg (JuDu), die eine Steuerbefreiung von Jagd- und Blindenhunden beantragt hatte. Da es sich in Duisburg nur um wenige Exemplare handelt, wären die finanziellen Auswirkungen marginal. Mit den meisten Besitzern von sogenannten Gebrauchshunden hat die Stadt Sonderregelungen vereinbart, was bedeutet, dass ohnehin keine Zahlungen erfolgen. Aber JuDu wollte dies nun auch in der städtischen Hundesatzung festschreiben lassen. Dieser Antrag (und ein weiterer Antrag zur Einrichtung von sogenannten 'Rettungspunkten' im Stadtgebiet) wurde von allen kleineren Fraktionen begrüßt aber von den beiden großen Fraktionen abgelehnt.

Fraktionen hatten insgesamt 18 Anfragen

Die Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger hatten insgesamt 18 Anfragen gestellt, die auf der Tagesordnung standen. Wie schon in der letzten Sitzung rief der Oberbürgermeister diese nicht einzeln auf, sondern erklärte, dass diese alle schriftlich zur nächsten Niederschrift der Ratssitzung beantwortet würden. Die Erfahrung lehrt jedoch, dass dies in vielen Fällen nicht so ist, was in der Sitzung z.B. auch von den Grünen bemängelt wurde. Oberbürgermeister Sören Link antwortet in solchen Fällen stets mit den Worten *„Die Verwaltung entscheidet selbst, in welcher Form sie antwortet und wann sie dazu die Zeit findet“*. Leider sind viele Themen, zu denen aktuelle Anfragen gestellt wurden dann schon hinfällig geworden (was aber vermutlich sogar der Sinn der „Verschleppungstaktik“ des Ob's ist).

13 Mitteilungsvorlagen

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden den Ratsmitgliedern 13 sogenannte Mitteilungsvorlagen vorgelegt. Die Verwaltung teil darin einen aktuellen Sachverhalt oder Änderungen mit, über die die Fraktionen zwar diskutieren- und Fragen stellen können, zu denen der Stadtrat aber keinen Beschluss fassen muss. In diesem Sinne sparen sich die Ratsmitglieder meist den Wortwechsel, selbst bei unterschiedlicher Meinung zum Thema. In dieser Ratssitzung wurde z.B. mitgeteilt, wie die „Ehrenamtskarte“ angenommen wird, dass es verschiedene Verschiebungen innerhalb des städtischen Haushalts gibt, dass der „NRW-Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ausläuft und die Stadt nun wieder ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) erstellen muss oder dass die Stadt beabsichtigt, an Landesförderprogrammen teilzunehmen.

Ganztagsbetreuung in vielen Schulen ab 2026/2027

In Tagesordnungspunkt 85 beschloss der Rat eine städtische Strategie zum stufenweisen Ausbau der Ganztagsbetreuung in vielen Schulen. Ab 2026 besteht hierauf ein Rechtsanspruch, weshalb die Stadt die Ganztagsbetreuung im Laufe der kommenden Jahre Stück für Stück vorbereiten und ausbauen muss. Vom Land sollen hierfür 1,14 Millionen Euro Fördermittel beansprucht werden.

Die SPD ergänzte das Thema noch mit einem Antrag, wonach die Verwaltung ein weiteres Konzept erstellen solle, dass eine gebührenfreie Ganztagsbetreuung ab 2026 ermöglichen könnte. Der stufenweise Ausbau und der SPD-Antrag wurden ebenso beschlossen, wie eine „Neuorientierung des gemeinsamen Lernens“ (Inklusion) an städtischen Grundschulen. Nur die AfD stimmte kommentarlos dagegen.

Rat stimmt gegen UNESCO Weltkulturerbe-Antrag

Der RVR, der Landschaftsverband Rheinland, die Emschergenossenschaft (und das Land NRW) möchten der UNESCO viele Teile des Ruhrgebiets als Weltkulturerbe vorschlagen. Dazu sollen u.a. auch Flüsse, Kanäle, Hafenbecken und verschiedenste Anlagen gehören.

Was unter dem Begriff „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“ im ersten Moment interessant klingt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als eventuell großer Nachteil für die Stadt und seinen Hafen.

Der Grund: erstens ist die Ernennung zum Weltkulturerbe (überraschenderweise) nicht mit irgendwelchen finanziellen Mitteln verbunden, zweitens muss der jeweilige Eigentümer der Denkmäler allein und dauerhaft für die Instandhaltung und Pflege aufkommen und drittens ist mit einer Ernennung zum Weltkulturerbe jede Veränderung an den Denkmälern selbst, aber auch innerhalb großer Abstände und Sichtachsen, verboten. Vor allem die Duisburger Hafen AG, der viele Teile der beabsichtigten Anlagen, Hafenbecken und Kanäle gehören, wehrt sich kräftig gegen diese Ernennung, da sie jede Entwicklung oder Neugestaltung in diesen Bereichen dauerhaft verhindern würde. Deshalb schlug die Verwaltung dem Stadtrat jetzt vor, die Bewerbung für ein UNESCO-Weltkulturerbe nicht zu unterstützen.

Zudem wurde kritisiert, dass diese Beschlussvorlage erst sehr spät auf die Tagesordnung gekommen ist (so dass die Fraktionen kaum Zeit zur Beratung hatten) und dass die Vorlage nicht im Kulturausschuss beraten werden soll, nicht einmal im Nachgang dieser Ratssitzung. Die FDP konnte die Bedenken der Stadt und des Hafens nachvollziehen und stimmte der Vorlage zu (also der Ablehnung des Antrags zum Weltkulturerbe). Nur Grüne und Linke stimmten gegen den Vorschlag der Stadtverwaltung.

Solidarität mit Jüdinnen und Juden in Duisburg

Gegen Ende der öffentlichen Ratssitzung stand noch ein gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Grünen, Linken, FDP, JuDu und der HO-Gruppe auf der Tagesordnung - mit dem Titel „*Solidarität mit Jüdinnen und Juden in Duisburg*“.

Im Antrag wurde das (leider aktuelle) Thema näher erläutert, der Sinn bzw. das Ziel des Antrags erklärt sich aber bereits in der Überschrift. Die kurze (und für manchen überraschende) Wortmeldung der AfD dazu: „*Bei so einem wichtigen Thema darf man nicht lange herumreden. Die AfD unterstützt ausdrücklich diesen Antrag.*“ Dementsprechend beschloss der Duisburger Stadtrat den Antrag bzw. die Resolution ohne Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen.

Anträge der Grünen und Linken zum Klimaschutz

3 Anträge der Grünen und Linken zum Thema Klimaschutz wurden zwar ausführlich und emotional diskutiert, am Ende jedoch mehrheitlich abgelehnt. Die Grünen wollten, dass alle städtischen Beschlussvorlagen auf Klimarelevanz hin überprüft werden sollen, was einen enormen personellen Aufwand für die Stadtverwaltung bedeutet hätte.

Zudem forderten die Grünen ein Konzept zur energetischen Sanierung von „Nichtwohngebäuden“, also von den über 1.200 städtischen Dienstgebäuden. Da dieses Konzept bereits seit Anfang 2020 in Arbeit ist, sprach der Oberbürgermeister von „*Wahlkampfgetöse*“. Weiterhin erklärte der OB: „*Da dieses Konzept voraussichtlich erst Ende nächsten Jahres fertig sein wird, kann man nicht schon zum jetzigen Zeitpunkt zu einem Fördergeldgeber gehen, wie die Grünen es in ihrem Antrag fordern, da würden wir nur ausgelacht.*“ Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Genauso erging es dem Antrag der Linken, einen städtischen „Nachhaltigkeitshaushalt“ zu erstellen. Da es den Linken vermutlich nur um den Begriff ansich ging (denn der inhaltliche Sinn und Zweck eines „Nachhaltigkeitshaushalts“ wurde nicht weiter erklärt), wurde auch dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ende um 18:45 Uhr

Um 18:45 Uhr endete diese öffentliche Sitzung des Duisburger Stadtrates. Nachdem die Öffentlichkeit und die Presse verabschiedet wurde, eröffnete der Oberbürgermeister die nichtöffentliche Sitzung mit 16 wichtigen Tagesordnungspunkten, über die hier nicht berichtet werden darf. Gegen 20:00 Uhr konnten die Ratsmitglieder ihren Heimweg antreten.

Sommerferien

Mit diesem 4. Rats-Update verabschiedet sich die FDP-Ratsfraktion in die politische Sommerpause. Falls nicht etwas Unvorhergesehenes passiert, „ruht“ die Kommunalpolitik erfahrungsgemäß bis Anfang September.

Die nächste Ratssitzung ist (erst) wieder am 27. September geplant. Danach werden wir Sie gerne wieder ausführlich über die aktuellen politischen Themen sowie Stimmungen und Meinungen im Duisburger Stadtrat -aus Sicht der Liberalen- informieren.

In diesem Sinne wünschen Ihnen unsere Ratsmitglieder Wilhelm Bies, Oliver Alefs, Kira Schulze Lohoff, sowie Fraktionsgeschäftsführer Thomas Wolters eine schöne und erholsame Ferienzeit.